

## Verhandlungsschrift

über die am Dienstag, dem 10. November 2009,  
in der Welser Stadthalle abgehaltene

### 1. (konstituierende) Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 10.04 Uhr

Ende der Sitzung: 11.48 Uhr

#### Anwesende

##### Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Österreichs

Dr. Peter Koits  
Hannelore Aigner  
Manfred Hochhauser  
Ernst Kirchmayr  
Johann Reindl-Schwaighofer

Hermann Wimmer  
Gertrude Aitzetmüller  
Klaus Hoflehner  
Rupert Leitner  
Barbara Wildfellner

Silvia Huber  
Raimund Buttinger  
Claudia Hüttmayr-Punkenhofer  
Brigitte Lindlbauer

##### Fraktion der Freiheitlichen Partei Österreichs

Dr. Bernhard Wieser  
KommR. Willibald Baumgartner  
Margarete Josseck-Herd  
Egon Schatzmann

Gerhard Kroiß  
Dipl.-Ing. Gunter Haydinger  
Dietmar Marehard  
Manfred Wiesinger

Dr. Andreas Rabl  
Heribert Helm  
Christa Raggl-Mühlberger

##### Fraktion der Österreichischen Volkspartei – Liste Anna Eisenrauch

Anna Eisenrauch  
Stefan Haböck  
Markus Wiesinger

Peter Lehner  
Herbert Pernkopf  
Augustine Zittmayr-Hacker

Dr. Peter Csar  
Brigitte Wartinger

##### Fraktion „Die Grünen – Die Grüne Alternative“

Andrea Bauer

Andrea Svoboda

Mag. Walter Teubl

Weiters anwesend:

Nach Zurücklegung der Gemeinderatsmandate durch

StR. Silvia Huber (SPÖ)  
StR. Gerhard Kroiß (FPÖ)  
StR. Dr. Andreas Rabl (FPÖ)  
StR. Peter Lehner (ÖVP)

im Rahmen einer Unterbrechung der Gemeinderatssitzung und  
nach Annahme der Nachberufungen nehmen an der Sitzung teil:

Mag. Bernhard Humer (SPÖ)  
Mag. Georg Parzmayr (FPÖ)  
Regina Mittendorfer (FPÖ)  
Walter Zaunmüller (ÖVP)

Ebenfalls anwesend:

MD. OSenR. Dr. Karl Schweiger und leitende Beamte des Magistrates

Ausgeschiedene Mitglieder des Gemeinderates und Stadtsenates

Vertreter der Presse und des „WT 1“

Schriftführer:

W.OAR. Johann Höpfl

Birgit Mickla

Helga Rosenberger

# Verlauf der Sitzung

Dr. Peter Koits führt als der in der engeren Wahl am 11.10.2009 direkt gewählte Bürgermeister den Vorsitz.

1.)

Begrüßung und formelle Feststellungen durch den Vorsitzenden  
DI-Verf-007-2009

Bgm. Dr. Koits führt Folgendes aus:

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, liebe Gäste!

Ich darf sie zur heutigen konstituierenden Sitzung des neu gewählten Gemeinderates sehr herzlich begrüßen und willkommen heißen.

Einleitend darf ich festhalten, dass ich dem Statut der Stadt Wels entsprechend den Vorsitz führe.

Ich freue mich natürlich darüber, dass meine beiden Amtsvorgänger, Herr Regierungsrat Leopold Spitzer und Herr Kommerzialrat Karl Bregartner hier in unserer Mitte sind und Anteil an den Vorgängen in unserer Stadt nehmen. Genauso darf ich aber auch alle anderen herzlich willkommen heißen, die ausgeschiedenen Gemeinderäte und interessierte Personen aus unserer Bevölkerung.

Diese Sitzung wurde ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen. Alle Mitglieder des neuen Gemeinderates sind anwesend.

Vorweg darf ich der Hoffnung Ausdruck geben, dass sie als Mitglieder des Gemeinderates, so wie das in der Vergangenheit geschehen ist, auch in der neuen Zusammensetzung sowohl gegenüber der Bevölkerung als auch untereinander die gebotene Offenheit aufbringen.

Bevor wir jetzt detailliert in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich noch besonders die Gäste der heutigen Sitzung begrüßen, vor allem jene Gäste, die Angehörige neu gewählter Mandatarinnen und Mandatare sind. Ich danke ihnen dafür, dass sie an diesem feierlichen Akt teilnehmen.

Ich weise auch noch darauf hin, dass ihnen folgende Unterlagen überreicht oder aufgelegt wurden:

- Statut für die Stadt Wels in der geltenden Fassung,
- Geschäftsordnung für den Gemeinderat und seiner Ausschüsse, ebenfalls in der geltenden Fassung,
- Organisationsplan des Magistrates,
- diverse Formblätter
- und zu einzelnen Tagesordnungspunkten liegen Amtsberichte auf.

2.)

Angelobung der Mitglieder des Gemeinderates (§ 10 StW. 1992)  
DI-Verf-007-2009

Bgm. Dr. Koits: Ich darf feststellen, dass von den Mitgliedern des neu gewählten Gemeinderates, denen bereits ein Mandat zugewiesen wurde,

Herr Stadtrat Dr. Friedrich Ganzert und

Herr Gemeinderat Mag. Michael Springer jeweils mit Wirksamkeit des Ablaufs des 09.11.2009 und

Frau Landtagsabgeordnete Mag. Silke Lackner  
am 27.10.2009 auf ihr Mandat im neu gewählten Gemeinderat verzichteten.

In Nachfolge von Herrn Stadtrat Dr. Ganzert wurde nach den Bestimmungen der Oö. Kommunalwahlordnung

Herr Rupert Leitner

als listennächstes Ersatzmitglied der SPÖ-Fraktion unter Berücksichtigung der Verzichtserklärungen von Mag. Bernhard Humer, von Werner Forstinger und von August Tesarsch in den Gemeinderat nachberufen.

In Nachfolge von Frau Landtagsabgeordneter Mag. Silke Lackner wurde

Herr Dietmar Marehard

als listennächstes Ersatzmitglied der FPÖ-Fraktion in den Gemeinderat berufen.

Und in Nachfolge von Herrn Gemeinderat Mag. Michael Springer wurde als listennächstes Ersatzmitglied der GRÜNE-Fraktion

Frau Andrea Svoboda

in den Gemeinderat nachberufen.

Die berufenen Ersatzmitglieder haben diese Nachberufungen angenommen.

Die Mitglieder des neu gewählten Gemeinderates und die genannten nachberufenen Mitglieder haben dem Vorsitzenden und dieser hat vor dem versammelten Gemeinderat das Gelöbnis abzulegen. Ein Gelöbnis unter Bedingungen oder mit Zusätzen gilt als verweigert. Die Beifügung einer religiösen Beteuerung ist zulässig.

Ich ersuche jetzt den Herrn Magistratsdirektor um Verlesung der Gelöbnisformel.

MD Dr. Schweiger verliest die Gelöbnisformel gemäß § 10 Abs. 4 StW. 1992.

Nachdem sich alle Anwesenden von ihren Plätzen erhoben haben, stellt der Bürgermeister fest:

Die Mitglieder des neu gewählten Gemeinderates leisten das Gelöbnis über meine Aufforderung bzw. nach Namensaufruf mit den Worten „Ich gelobe“. Der Aufruf erfolgt entsprechend der Fraktionsgröße und der Reihung in den Wahllisten. Zuerst habe allerdings ich vor dem versammelten Gemeinderat das Gelöbnis zu leisten.

Bgm. Dr. Koits leistet zuerst selbst mit den Worten „Ich gelobe“ das Gelöbnis, sodann tun es in gleicher Weise alle anderen neuen Mitglieder des Gemeinderates. Im Einzelnen sind dies:

Von der Sozialdemokratischen Partei Österreichs:

Wimmer Hermann  
Hochhauser Manfred  
Huber Silvia  
Reindl-Schwaighofer Johann  
Aigner Hannelore  
Hoflehner Klaus  
Lindlbauer Brigitte  
Aitzetmüller Gertrude  
Buttinger Raimund  
Wildfellner Barbara  
Hüttmayr-Punkenhofer Claudia  
Kirchmayr Ernst  
Leitner Rupert

Von der Freiheitlichen Partei Österreichs:

Dr. Wieser Bernhard  
Kroiß Gerhard  
Dr. Rabl Andreas  
Josseck-Herdtschke Margarete  
Raggl-Mühlberger Christa  
Wiesinger Manfred  
Baumgartner Willibald  
Dipl.-Ing. Haydinger Gunter  
Helm Heribert  
Schatzmann Egon  
Marehard Dietmar

Von der Österreichischen Volkspartei:

Eisenrauch Anna  
Dr. Csar Peter  
Lehner Peter  
Wiesinger Markus  
Wartinger Brigitte  
Haböck Stefan  
Pernkopf Herbert  
Zittmayr-Hacker Augustine

Von den GRÜNEN:

Bauer Andrea  
Mag. Teubl Walter  
Andrea Svoboda

Der Bürgermeister dankt und ersucht alle, wieder Platz zu nehmen.

Weiters gratuliert der Bürgermeister den Mitgliedern des Gemeinderates zu ihrer Wahl und wünscht für die persönliche politische Zukunft hier im Gemeinderat alles Gute und viel Erfolg.

3.)

Angelobung des Bürgermeisters (§ 24 StW. 1992)  
DI-Verf-007-2009

Bgm. Dr. Koits: Ich darf feststellen, dass der Bürgermeister vor Antritt seines Amtes vor dem Gemeinderat das Gelöbnis zu leisten hat.

Ich ersuche den Herrn Magistratdirektor um Verlesung der Gelöbnisformel. Die Beifügung einer religiösen Beteuerung ist zulässig.

Ich darf noch darauf hinweisen, dass der Bürgermeister und die Vizebürgermeister auch vom Landeshauptmann angelobt werden.

Anschließend erheben sich alle Anwesenden von den Plätzen und der Magistratsdirektor verliest die Gelöbnisformel gemäß § 24 Abs. 1 StW. 1992.

Der Bürgermeister leistet das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“.

(Es nehmen wieder alle Anwesenden ihre Plätze ein.)

4.)

Wahl der Vizebürgermeister (§ 28 StW. 1992)  
DI-Verf-107-2009

Bgm. Dr. Koits: Der Gemeinderat hat in der konstituierenden Sitzung aus seiner Mitte drei Vizebürgermeister zu wählen. Aufgrund des Ergebnisses der am 27.09.2009 stattgefundenen Gemeinderatswahl ergibt sich nachstehende Aufteilung dieser Funktionen auf die Wahlparteien:

SPÖ: 1. Vizebürgermeister  
FPÖ: 2. Vizebürgermeister  
ÖVP: 3. Vizebürgermeister

Die in Frage kommenden Wahlparteien haben nach Maßgabe der ihnen zustehenden Mandate für die Wahl der Vizebürgermeister folgende Wahlvorschläge überreicht:

SPÖ-Fraktion:  
Hermann Wimmer

FPÖ-Fraktion:  
Dr. Bernhard Wieser

ÖVP-Fraktion:  
Anna Eisenrauch

Die eingebrachten Wahlvorschläge (Anlagen 1 bis 3) entsprechen den Formerfordernissen des Statutes für die Stadt Wels.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Vizebürgermeister werden durch Fraktionswahl bestimmt. Dies bedeutet, dass jede Fraktion den von ihr vorgeschlagenen Vizebürgermeister selbst wählt. Wenn kein Antrag auf geheime Abstimmung eingebracht wird, ist durch Erheben der Hand abzustimmen. Nach der Stärke der Fraktionen soll zuerst die SPÖ-Fraktion, dann die FPÖ-Fraktion und schließlich die ÖVP-Fraktion abstimmen. Es gibt daher drei Wahlgänge und ich stelle fest, dass kein Antrag auf geheime Wahl vorliegt, sodass eben offen abgestimmt wird.

Der Wahlvorschlag (Anlage 1) der SPÖ-Fraktion wird einstimmig angenommen.

Der Wahlvorschlag (Anlage 2) der FPÖ-Fraktion wird einstimmig angenommen.

Der Wahlvorschlag (Anlage 3) der ÖVP-Fraktion wird einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Ich stelle somit fest, dass zum

1. Vizebürgermeister Herr Hermann Wimmer, zum
2. Vizebürgermeister Herr Dr. Bernhard Wieser und zur
3. Vizebürgermeisterin Frau Anna Eisenrauch

gewählt wurden.

Ich gratuliere den neu gewählten Vizebürgermeistern ganz, ganz herzlich. Es erfolgt noch deren Angelobung und für danach möchte ich sie schon jetzt darum ersuchen, hierher zu mir zu kommen und an den für die Vizebürgermeister vorgesehenen Tischen Platz zu nehmen.

5.)

Wahl der Stadträte (§ 28 StW. 1992)  
DI-Verf-107-2009

Bgm. Dr. Koits: Ich stelle fest, dass der Gemeinderat in der konstituierenden Sitzung weiters vier Stadträte zu wählen hat. Aufgrund des Ergebnisses der am 27.09.2009 stattgefundenen Gemeinderatswahl ergibt sich nachstehende Aufteilung dieser Funktionen auf die Wahlparteien:

SPÖ: 1 Mandat  
FPÖ: 2 Mandate  
ÖVP: 1 Mandat

Von den anspruchsberechtigten Fraktionen wurden folgende Wahlvorschläge eingebracht:

SPÖ:  
Silvia Huber

FPÖ:  
Gerhard Kroiß  
Dr. Andreas Rabl

ÖVP:  
Peter Lehner

Die eingebrachten Wahlvorschläge (Anlagen 4 bis 6) entsprechen den Erfordernissen des Statutes für die Stadt Wels.

Ich stelle fest: Auch die Stadträte werden durch Fraktionswahlen bestimmt. Wenn kein Antrag auf geheime Abstimmung eingebracht wird, ist durch Erheben der Hand abzustimmen. Nach der Stärke der Fraktionen soll zuerst die SPÖ-Fraktion, dann die FPÖ-Fraktion und dann auch noch die ÖVP-Fraktion abstimmen. Es gibt daher drei Wahlgänge.

Der Wahlvorschlag (Anlage 4) der SPÖ-Fraktion wird einstimmig angenommen.

Der Wahlvorschlag (Anlage 5) der FPÖ-Fraktion wird einstimmig angenommen.

Der Wahlvorschlag (Anlage 6) der ÖVP-Fraktion wird einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke für die Durchführung der Wahlen und gebe daher bekannt, dass zu Stadträten gewählt wurden:



Frau Silvia Huber  
Herr Gerhard Kroiß  
Herr Dr. Andreas Rabl und  
Herr Peter Lehner

Ich gratuliere auch ihnen zur Wahl und ersuche um Zusammenarbeit.

6.)

Angelobung der Vizebürgermeister und der Stadträte (§ 29 StW. 1992)  
DI-Verf-107-2009

Bgm. Dr. Koits: Es ist festzuhalten, dass die Vizebürgermeister und die Stadträte vor Antritt ihres Amtes das Gelöbnis zu leisten haben. Ich darf sie alle ersuchen, sich von den Plätzen zu erheben und den Herrn Magistratsdirektor ersuche ich um Verlesung der Gelöbnisformel.

MD Dr. Schweiger verliest die Gelöbnisformel nach § 29 Abs. 1 StW. 1992.

Nach Namensaufruf durch den Bürgermeister leisten sodann mit den Worten „Ich gelobe“ das vorhin zitierte Gelöbnis:

Herr Vizebürgermeister Hermann Wimmer  
Herr Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser  
Frau Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch  
Frau Stadträtin Silvia Huber  
Herr Stadtrat Gerhard Kroiß  
Herr Stadtrat Dr. Andreas Rabl  
Herr Stadtrat Peter Lehner

Der Bürgermeister dankt für die Leistung des Gelöbnisses und ersucht alle Anwesenden, wieder Platz zu nehmen.

Weiters ersucht der Bürgermeister auch die Stadträte, die für sie vorgesehenen Tische bzw. Plätze einzunehmen.

7.)

Bestimmung der Reihenfolge, in der die Vizebürgermeister den  
Bürgermeister zu vertreten haben (§ 28 Abs. 5 StW. 1992)  
DI-Verf-107-2009

Bgm. Dr. Koits: Sehr geehrte Damen und Herren! Die Reihenfolge, in der die Vizebürgermeister den Bürgermeister zu vertreten haben, ist vom Bürgermeister nach der Reihenfolge, in der die Wahlparteien zur Nominierung berechtigt sind, zu bestimmen.

Aufgrund des Ergebnisses der abgeführten Wahlen wird die Reihenfolge der Vertretung wie folgt bestimmt:

1. Vertreter: Herr Vizebürgermeister Hermann Wimmer
2. Vertreter: Herr Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser
3. Vertreter: Frau Vizebürgermeisterin Anna Eisenrauch

8.)

Bekanntgabe der Namen der Vorsitzenden (Stellvertreter) der Fraktionen (§ 9 StW. 1992)  
DI-Verf-007-2009

Bgm. Dr. Koits: Ein weiterer Tagesordnungspunkt betrifft die Bekanntgabe der Namen der Vorsitzenden und der Vorsitzenden-Stellvertreter der Fraktionen.

Die Fraktionen haben schriftlich folgende Vorsitzende und Vorsitzende-Stellvertreter angezeigt:

SPÖ-Gemeinderatsfraktion:

Vorsitzender: Vizebürgermeister Hermann Wimmer  
Vors.-Stellv.: Gemeinderat Manfred Hochhauser  
Gemeinderat Johann Reindl-Schwaighofer

FPÖ-Gemeinderatsfraktion:

Vorsitzender: Stadtrat Dr. Andreas Rabl  
Vors.-Stellv.: Gemeinderätin Margarete Josseck-Herdt

ÖVP-Gemeinderatsfraktion:

Vorsitzender: Gemeinderat Dr. Peter Csar  
Vors.-Stellv.: Gemeinderat Markus Wiesinger

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion:

Vorsitzende: Gemeinderätin Andrea Bauer  
Vors.-Stellv.: Gemeinderat Mag. Walter Teubl

Unterbrechung der Sitzung:

Bgm. Dr. Koits: Den ersten Teil unserer Sitzung hätten wir damit geschafft.

Ich darf hiermit feststellen, dass jetzt die Gemeinderatssitzung unterbrochen wird, um den Stadträten die Möglichkeit zu geben, auf ihr Gemeinderatsmandat zu verzichten. Falls ein Stadtrat auf sein Gemeinderatsmandat verzichtet, wird das nächstgereichte Ersatzmitglied nachberufen.

Weiters wird jetzt während der Unterbrechung die erste, konstituierende Sitzung des Stadtsenates durchgeführt. Ich ersuche die Mitglieder des Stadtsenates, sich zu diesem Zweck im ersten Stock der Stadthalle, Konferenzraum, einzufinden.

Bis zum Abschluss der konstituierenden Stadtsenatssitzung ist die Sitzung des Gemeinderates nunmehr unterbrochen. Danke!

Nach erfolgter Unterbrechung in der Zeit von 10.24 Uhr bis 10.37 Uhr wird die Gemeinderatssitzung fortgesetzt.

9.)

Angelobung von nachberufenen Ersatzmitgliedern des Gemeinderates  
(§ 10 StW. 1992)  
DI-Verf-007-2009

Bgm. Dr. Koits: Nach Wiederaufnahme der Sitzung darf ich feststellen, dass folgende Mitglieder des Stadtsenates anlässlich ihrer Wahl zum Stadtrat auf ihr Mandat im Gemeinderat verzichtet haben:

Stadträtin Silvia Huber  
Stadtrat Gerhard Kroiß  
Stadtrat Dr. Andreas Rabl  
Stadtrat Peter Lehner

In Nachfolge von Frau Stadträtin Silvia Huber wurde nach der Oö. Kommunalwahlordnung Herr Mag. Bernhard Humer als listennächstes Ersatzmitglied der SPÖ-Fraktion in den Gemeinderat nachberufen.

In Nachfolge der Stadträte Gerhard Kroiß und Dr. Andreas Rabl wurden Herr Mag. Georg Parzmayr und Frau Regina Mittendorfer als listennächste Ersatzmitglieder der FPÖ-Fraktion in den Gemeinderat berufen.

Weiters wurde in Nachfolge von Herrn Stadtrat Peter Lehner als listennächstes Ersatzmitglied der ÖVP-Fraktion Herr Walter Zaubmüller in den Gemeinderat berufen.

Die nachberufenen Ersatzmitglieder haben ihre jeweiligen Nachberufungen angenommen. Sie sind daher als Mitglieder des Gemeinderates anzugeloben. Ich ersuche sie neuerlich, sich von ihren Plätzen zu erheben und den Herrn Magistratsdirektor ersuche ich um Verlesung der Gelöbnisformel.

MD. Dr. Schweiger verliest die Gelöbnisformel gemäß § 10 Abs. 4 StW. 1992.

Der Bürgermeister ruft sodann entsprechend der Fraktionsgröße die Nachberufenen zur Leistung des Gelöbnisses auf.

Das Gelöbnis wird anschließend von

Herrn Mag. Bernhard Humer (SPÖ)  
Herrn Mag. Georg Parzmayr (FPÖ)  
Frau Regina Mittendorfer (FPÖ) und  
Herrn Walter Zaubmüller (ÖVP)

mit den Worten „Ich gelobe“ geleistet.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke ihnen für die Leistung des Gelöbnisses und dafür, dass sie sich als Gemeinderätin bzw. als Gemeinderäte zur Verfügung stellen. Ich bitte auch sie um eine entsprechende bzw. um eine gute Zusammenarbeit.

Ich ersuche sie alle, wieder Platz zu nehmen.

Bgm. Dr. Koits übergibt in weiterer Folge den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

10.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der eine Ausschussverordnung erlassen wird (Ausschussverordnung 2009)  
DI-Verf-065-2009

Der Bürgermeister verweist auf den allen Anwesenden vorliegenden Amtsbericht samt Verordnungstext.

Der Antrag lautet, der Gemeinderat möge die als Anlage 7 beigefügte Ausschussverordnung 2009 beschließen.

Vzbgm. Wimmer gibt bekannt, dass vier Abänderungsanträge zu diesem Tagesordnungspunkt eingebracht wurden und ersucht darum, diese in die Debatte miteinzubeziehen.

Anschließend verliert Vzbgm. Wimmer die Abänderungsanträge in nachstehender Reihenfolge:

- a) Abänderungsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Einrichtung eines Ausschusses für Öffentlichkeitsarbeit (Anlage 8).
- b) Abänderungsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Einrichtung eines Integrationsausschusses (Anlage 9).
- c) Abänderungsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend Einrichtung eines Ausschusses für Frauenangelegenheiten und Gleichheitsfragen (Anlage 10).
- d) Abänderungsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend Einrichtung eines Integrationsausschusses (Anlage 11).

StR. Dr. Rabl: Die erste Gemeinderatssitzung einer Periode ist aus meiner Sicht immer eine ganz besonders wichtige Sitzung, weil hier die Weichen für die politische Zukunft gestellt werden. Das zeigt sich auch in der Einrichtung der verschiedenen Ausschüsse. Und wir sind der Meinung, dass in der Stadt Wels das Thema „Integration“ in der Vergangenheit massiv vernachlässigt wurde. Wo dafür die Verantwortlichkeit angesichts

der politischen Mehrheitsverhältnisse lag, wissen wir ohnehin. Aber es hat sich jetzt etwas geändert, die Mehrheitsverhältnisse haben sich geändert. Ich glaube daher, es ist an der Zeit, diesem Themenbereich eine vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken.

Insgesamt glauben wir, dass es notwendig ist, einen Ausschuss zu schaffen, der dafür zuständig ist, Integrationsmaßnahmen zu beraten, der dafür zuständig ist, die Umsetzung solcher Maßnahmen zu überwachen und zu kontrollieren. Man muss nämlich in diesem Zusammenhang wissen, dass wesentliche Integrationsaufgaben der Stadt Wels nicht direkt von der Stadt Wels erledigt werden, sondern vielmehr in Vereinen, die in Hinblick auf ihre Aufgabenerfüllung von der Stadt subventioniert werden. Und der Gemeinderat hat eigentlich keine Möglichkeit, über die Abwicklung dieser Aufgaben zu wachen bzw. hat er keine direkte Kontrollmöglichkeit in Hinblick auf diese Vereine. Deshalb sind wir der Meinung, dass man diese Aufgaben in einem Integrationsausschuss bündeln sollte, wo all die Aufgaben und Probleme erörtert werden können und wo es möglich ist, unter der Kontrolle des Gemeinderates diverse Maßnahmen zu beschließen.

Der zweite Abänderungsantrag von unserer Seite betrifft die Einrichtung eines Ausschusses für Öffentlichkeitsarbeit.

Die Vergangenheit zeigte – das wurde von den Freiheitlichen immer wieder kritisiert – dass das Amtsblatt leider mehr ein Organ der SPÖ ist. Die Themen, die darin behandelt wurden, waren sehr SPÖ-lastig und es hat sich in der Vergangenheit trotz geäußerter Kritik daran nichts geändert.

Im Wahlkampf hat man weiters gesehen, dass die Öffentlichkeitsarbeit auch anderweitig missbraucht wurde. Dieser Missbrauch ist in der Form zu Tage getreten, dass die SPÖ die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt in der Weise gebrauchte, dass sozusagen in der höchsten Wahlkampfzeit Inserate geschaltet wurden und ganz egal, welche Ressorts davon betroffen waren – auch solche der FPÖ oder der ÖVP – es gab im Zuge dieser Inseratenschaltungen immer nur Fotos des Herrn Bürgermeister und es wurde alles Positive als Leistung der SPÖ dargestellt. Trotz der Kritik an dieser Vorgangsweise wurde sie nicht eingestellt.

Wir sind deshalb der Meinung, dass gerade im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit – diese stellt sozusagen ein ganz sensibles Instrument dar – all die Maßnahmen ganz massiv kontrolliert gehörten. Es müsste über diese Maßnahmen in einem eigenen Ausschuss gesprochen werden, denn es gibt in diesem Bereich tatsächlich einen Verbesserungsbedarf. Ich denke hier beispielsweise an die Homepage der Stadt Wels, die nicht gerade zu den kunden- bzw. benutzerfreundlichsten gehört. Das heißt also, dass wir uns vermehrt einbringen wollen, wenn es um diverse Verbesserungen geht. Dieser Bereich wurde bisher überhaupt nirgends in einem Ausschuss behandelt.

Ich habe im Vorfeld einmal mit der ÖVP über dieses Thema diskutiert und es wurde mir von dieser die Zustimmung signalisiert. Es hieß, dass man sich so etwas einmal überlegen könne und dass das vielleicht ganz sinnvoll erschiene. Ich werde mir deshalb gleich heute anschauen, ob die Koalitionsvereinbarung zwischen SPÖ und ÖVP so weit geht, dass die ÖVP keiner Sache mehr zustimmen darf, die von den Freiheitlichen eingebracht wird oder ob man doch zur Zustimmung bereit ist, um zu sehen, dass dieser Bereich tatsächlich einmal kontrolliert wird. Ich ersuche deshalb um Berücksichtigung unserer Anträge.

GR. Bauer: Es ist jetzt etwas verwirrend, weil alle vier Abänderungsanträge sozusagen gleichzeitig behandelt werden. Mir geht es jetzt vor allem um den Antrag bezüglich Frauenangelegenheiten und Gleichstellungen.

Ich glaube, die diesbezüglichen Probleme sind ohnehin bekannt. In Wels verdienen Frauen in Vollbeschäftigung um 28,6 % weniger als die Männer und die Teilzeitarbeit ist zu 81 % weiblich. Die Posten der Geschäftsführer und der Aufsichtsräte sind überwiegend männlich besetzt. Frauen bekommen die geringeren Pensionen, sind stärker von Armut gefährdet und auch die Politik ist männlich besetzt. Und es sind in erster Linie die Frauen, die für die unbezahlte Familienarbeit zuständig sind. Alle Statistiken geben uns Recht darin, dass wir von einer tatsächlichen Gleichstellung noch weit entfernt sind. Und es muss auch die Stadt Wels in diesem Bereich viel aktiver werden, denn abgesehen vom Rahmengleichbehandlungsprogramm beim Magistrat – es wurde allerdings längst noch nicht alles umgesetzt – ist in diesem Bereich viel zu wenig passiert.

Die meisten konkreten Maßnahmen fallen aber in die Zuständigkeit von Land und Bund. Dennoch gibt es gleichstellungsfördernde Maßnahmen, die man in der Stadt umsetzen kann. Um hier verstärkt aktiv zu werden, braucht es einen Ausschuss, der das koordiniert. Unser zentrales Ziel ist die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen. Solange das nicht erreicht ist, ist eine offensive Frauenpolitik notwendig. In manchen Bereichen, beispielsweise in der Betreuung, ist aber auch eine Männerförderung wichtig.

Gleichstellungs- und Frauenpolitik stellt eine Querschnittspolitik dar, denn sie betrifft die Bereiche Arbeit, Betreuung, Sicherheit und Gewaltprävention genauso wie die Budgetpolitik. Unsere Forderung ist daher jene, dass auch bei der Erstellung von Budgets die Auswirkungen auf Frauen bedacht werden müssen und dass die Gleichstellung von Frauen und Männern zu unterstützen ist.

Die Stadt Linz hat bereits seit 1992 einen Frauenausschuss. Der Linzer Frauenausschuss samt Funktion einer Frauenbeauftragten wurden damals aufgrund einer Idee und einer besonderen Initiative der GRÜNEN eingerichtet. Seit seiner Einrichtung konnten aufgrund der Beschlüsse oder Initiativen des Ausschusses viele Projekte für die Linzerinnen realisiert werden. Damit meine ich etwa das Gender-Budgeting oder die Sensibilisierung Linzer Betriebe im Bereich der Frauenförderung und Gleichbehandlung. Ein aktuelleres Projekt betrifft das Pilotprojekt „geschlechterspezifische Kleinkindpädagogik“ oder das Projekt „Förderung von Frauen in Kunst und Kultur“.

Es gibt anderswo bereits viele Vorschläge und viele gleichstellungsfördernde Projekte, die auch in Wels durchgeführt werden könnten. Das Themengebiet der Frauenangelegenheiten und Gleichstellungsfragen ist ein sehr weitreichendes, das alle Bereiche betrifft, denn alle Dinge oder Entscheidungen in der Politik betreffen sowohl Frauen als auch Männer. Daher soll ein Ausschuss für Frauenangelegenheiten und Gleichstellungsfragen bestellt werden.

Was die jetzt geplante Zuordnung beim Sozialausschuss betrifft, meinen wir, dass es nicht sinnvoll ist, dieses sehr umfangreiche Thema der Frauenangelegenheiten und der Gleichstellung dem Sozialausschuss zuzuordnen, denn Frauen sind keine soziale Randgruppe und kein soziales Problem. Das Thema stellt vielmehr eine Querschnittsmaterie dar, die alle Politikfelder betrifft. Das Ganze wieder nur auf das Soziale zu

reduzieren, ist der falsche Weg und ich glaube nicht, dass die Gleichstellung in dieser Weise gefördert werden kann. Dieser Ausschuss befasst mit Sozialem, Jugend und Gesundheit ohnehin schon drei Bereiche und ich fürchte, ein zusätzlicher Bereich würde in diesem Ausschuss nur an die letzte Stelle gerückt werden.

Ich glaube, wir sind schon sehr spät dran, für Frauenangelegenheiten und Gleichstellungsfragen einen eigenen Ausschuss zu gründen. Wir hinken damit in diesem Bereich vielen anderen Städten hinterher. Und im Zuge einer zukunftsorientierten Politik wäre es außerdem ein wichtiges Signal, würde Wels die Frauenförderung und die Gleichstellung wirklich ernst nehmen, aber nicht nur das, sondern dass sich Wels dafür wirklich engagiert einsetzt. Deswegen bitte ich um Zustimmung für unseren Abänderungsantrag.

GR. Mag. Teubl: Etwa ein Viertel der Welserinnen und Welser sind im Ausland geboren. Insgesamt ist etwa ein Drittel unserer Einwohner über 15 Jahre ein solches, das, wie man so schön sagt, einen Migrationshintergrund aufweist. Das ist ein sehr hoher Anteil, ein Anteil, der für die Stadt Wels eine große Herausforderung darstellt. Die Stadt Wels hat 2006 darauf in der Weise reagiert, dass sie ein Integrationsforum gründete. In fünf Arbeitskreisen haben sich daraufhin fast ein Jahr lang viele interessierte Menschen den Kopf darüber zerbrochen, wie Integration in unserer Stadt gelingen kann. Es haben das Vertreter von Institutionen und Organisationen, die sich mit dem Thema beschäftigen, ebenso wie Vertreter der ausländischen Kulturvereine, Vertreter der zuständigen Magistratsabteilungen und nicht zuletzt die Welser Parteien getan, die mit ihren Positionspapieren einen Beitrag leisteten.

Im Jahr 2007 wurde hier im Gemeinderat ein Integrationsleitbild und ein umfangreicher Maßnahmenkatalog beschlossen. Die darin enthaltenen Maßnahmen sind zum Teil schon umgesetzt, aber eben nur zum Teil. Vieles ist noch offen, viele Maßnahmen harren noch der Umsetzung.

Meine Damen und Herren! Wir haben einen Gemeinderatswahlkampf hinter uns, der im Wesentlichen vom sogenannten Ausländerthema geprägt war. Wir haben eine Gemeinderatswahl hinter uns, bei der die FPÖ enorme Zugewinne verzeichnen konnte, also jene Partei, die den Wahlkampf fast ausschließlich mit diesem Thema bestritten hat. Nur ist es sicher richtig, dass die FPÖ dieses Thema aufgebauscht hat, dass sie mit Populismus und Hassparolen eine Stimmung schaffte, die mit der realen Betroffenheit der Bevölkerung nicht mehr viel zu tun hat. Andererseits wäre dieses Wahlergebnis wohl nicht möglich gewesen, hätte sie damit nicht doch an reale Probleme anknüpfen können, die in der Bevölkerung existieren, an Probleme, die nach wie vor ungelöst sind. Dieses Wahlergebnis wäre nicht möglich gewesen, hätten die Welserinnen und Welser das Gefühl, dass in Wels bereits erfolgreich Integration stattfindet.

Integrationspolitik muss daher zweifellos einer der Schwerpunkte, vielleicht sogar der Schwerpunkt der Politik des Gemeinderates der Stadt Wels in den kommenden sechs Jahren sein. Das Integrationsleitbild, das uns vorliegt, ist dafür sicher eine hervorragende Arbeitsgrundlage, aber wir müssen dennoch gemeinsam daran arbeiten, dass die darin vorgesehenen Maßnahmen möglichst rasch und vollständig umgesetzt werden. Und es dürfte wohl auch niemand bezweifeln, dass eine laufende Aktualisierung und Erweiterung dieses Maßnahmenkatalogs unumgänglich sein wird.

Aber eine solche Schwerpunktsetzung muss sich unseres Erachtens auch in der Organisation der politischen Arbeit niederschlagen. Integration ist zweifellos eine Querschnittsmaterie und spielt in verschiedene Bereiche des politischen Handelns hinein. Daraus jedoch abzuleiten, dass eine Institutionalisierung dieses Politikbereichs nicht notwendig wäre, ist meines Erachtens ein Fehlschluss. Ich als Lehrer kann ein Lied davon singen, was es bedeutet, wichtige Themen als Querschnittsmaterie zu betrachten. Ein so wichtiger Bereich wie die politische Bildung ist beispielsweise in der Schule nicht in einem eigenen Unterrichtsgegenstand gelandet, sondern in einem Grundsatz-erlass geregelt, der für alle Fächer maßgeblich sein soll. Wir wissen, wie unzureichend das in der Realität geschieht. Und das gleiche gilt hier für den Bereich der Integration. Gerade weil Integration eine Querschnittsmaterie ist, brauchen wir einen oder eine Integrationsbeauftragte und wir brauchen selbstverständlich unseres Erachtens einen eigenen Ausschuss, damit Integrationspolitik wirklich in allen Ressorts ausreichend berücksichtigt wird. Deshalb verlangen die GRÜNEN ebenfalls die Bestellung eines Integrationsausschusses.

Die SPÖ-Fraktion bitte ich darum, mit ihrer Zustimmung zu dokumentieren, dass sie diesem Thema in Zukunft noch mehr als bisher das Augenmerk schenken will. Die ÖVP-Fraktion ersuche ich, mit ihrer Zustimmung zu dokumentieren, dass auch sie bereit ist, Integration als einen Schwerpunkt der Arbeit des Gemeinderates in den nächsten sechs Jahren zu betrachten. Und die FPÖ-Fraktion ersuche ich, im Integrationsausschuss, dessen Einsetzung ja auch von deren Seite beantragt wurde, zu einer sachlichen Lösung beizutragen und nicht wie bisher in der Hauptsache politisches Kapital daraus zu schlagen, dass es Probleme in diesem Bereich gibt. Ich bitte sie alle um Unterstützung für unseren Antrag.

GR. Dr. Csar: Es ist schon sehr viel gesagt und ich kann vielem zustimmen. Zum Ersten ist der Gemeinderat ganz wichtig für die Gestaltung der Zukunft bzw. für die Gestaltung der Gesellschaft in unserer Stadt. Wir müssen unsere Arbeit ernst nehmen und zur Vorbereitung verschiedener Gemeinderatsbeschlüsse ist es notwendig, diverse Ausschüsse des Gemeinderates zu haben. Die Ausschüsse sollen zueinander stimmig sein und gegenseitig aufbauen.

Es kamen jetzt neue Vorschläge von der FPÖ und von den GRÜNEN in Bezug auf die Bestellung von Ausschüssen. Diese Vorschläge decken sich zum Teil; so wurde beispielsweise in Hinblick auf den Integrationsausschuss von beiden Fraktionen ein Vorschlag eingebracht. Insgesamt kann ich der Kollegin Bauer nur zustimmen, wenn sie meint, dass jetzt bei Behandlung dieser Vorschläge alles sehr verwirrend ist. Es wurde von dort ein Ausschuss gefordert und von dort ebenfalls – insgesamt liegen vier Vorschläge auf – und ich glaube, wir sollten vernünftig darüber reden, welche Aufgaben für die Ausschüsse vorgesehen oder vorbereitet werden sollen, womit dann auch verbunden wäre, dass wir im Gemeinderat eine gute Arbeit leisten können. Deshalb wäre es sehr gut, über diese wichtigen Themen noch ernsthafter diskutieren zu können und ich stelle daher den Antrag zu Geschäftsordnung, diese Abänderungsanträge auf Einsetzung zusätzlicher Ausschüsse dem Präsidialausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Vzbgm. Wimmer: Sie haben jetzt diesen Geschäftsordnungsantrag gehört. Ich möchte sie allerdings aufgrund eines Vorschlages des Herrn Bürgermeister und der Frau Vizebürgermeisterin Eisenrauch darum ersuchen, zuzustimmen, dass ich jetzt vor der Abstimmung über diesen Geschäftsordnungsantrag die Sitzung für längstens fünf Minuten



unterbreche und die Fraktionsvorsitzenden darum ersuche, kurz hier nach vorne zu kommen, um die weitere Vorgangsweise einvernehmlich festlegen zu können.

Ich unterbreche die Sitzung!

Die Sitzung wird nach einer Unterbrechung zwischen 11.01 und 11.03 Uhr fortgesetzt.

Vzbgm. Wimmer: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf sie darüber informieren, dass bei der jetzt abgeführten Besprechung der Fraktionsvorsitzenden die einhellige Meinung darüber herrschte, das zusätzlich Ausschüsse eingerichtet werden sollen. Alle gemeinsam sehen wir aber verfahrenstechnische Probleme darin, die Einrichtung zusätzlicher Ausschüsse bereits heute abzuwickeln. Es müssen beispielsweise Ausschussmitglieder namhaft gemacht werden und es muss ausgerechnet bzw. festgelegt werden, welcher Fraktion das Recht zukommt, einen Vorsitzenden oder einen Vorsitzenden-Stellvertreter zu nominieren.

Somit schlagen alle Fraktionen vor, dem Geschäftsordnungsantrag zu entsprechen und alle vier Abänderungsanträge dem Präsidialausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen. Es wird in der Folge eine Sitzung der Fraktionsvorsitzenden geben, dann eine Sitzung des Präsidialausschusses und am 14. Dezember, bei der nächsten Sitzung des Gemeinderates, wird dann über diese Abänderungsanträge endgültig entschieden.

Ich komme jetzt aber noch zu den formellen Abstimmungen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Dr. Csar auf Zuweisung der Abänderungsanträge (Anlagen 8 bis 11) an den Präsidialausschuss zu weiten Beratung wird

einstimmig angenommen.

Der Hauptantrag (Anlage 7) wird ebenfalls

einstimmig angenommen.

11.)

Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der Ausschüsse des Gemeinderates  
DI-Verf-063-2009

Bgm. Dr. Koits: Es liegt ihnen ein Amtsbericht (Anlage 12) vor, dem sie alle Namen der vorgeschlagenen Ausschussmitglieder entnehmen können, die von den jeweiligen Fraktionen für die Ausschüsse vorgesehen bzw. vorgeschlagen wurden (Wahlvorschläge Anlagen 13 bis 16).

Es ist fraktionell zu wählen, wobei eine Wahl durch Erheben der Hand vorgeschlagen werden darf.

Der Vorsitzende, Vzbgm. Wimmer, schlägt vor, die Abstimmung über die vier Wahlvorschläge in einem durchzuführen und das fraktionelle Ergebnis sozusagen jedem einzelnen Wahlvorschlag zuzuordnen.

Es wird kein Einwand gegen den Vorschlag von Vzbgm. Wimmer erhoben.

Die Abstimmung bringt folgende Ergebnis:

Die Wahlvorschläge (Anlagen 13 bis 19) werden durch Erheben der Hand in einem gemeinsamen Wahlvorgang – mit entsprechender fraktioneller Zuordnung –

einstimmig angenommen.

12.)

Wahl der Vorsitzenden und Vors.-Stellvertreter der Ausschüsse des Gemeinderates  
DI-Verf-088-2009

Bgm. Dr. Koits: In den früheren Funktionsperioden hat sich der jeweilige Ausschuss in seiner konstituierenden Sitzung einen Vorsitzenden- und einen Vorsitzenden-Stellvertreter gewählt, aber nach der neuen Gesetzeslage hat der Gemeinderat selbst fraktionell diese Stellen zu besetzen.

Es liegt ihnen auch zu diesem Tagesordnungspunkt ein Amtsbericht (Anlage 20) vor, in welchem alle Wahlvorschläge (Anlagen 21 bis 23 und 19) eingearbeitet wurden.

Ich ersuche um Durchführung der Wahlen.

Der Vorsitzende, Vzbgm. Wimmer, schlägt so wie beim vorangegangenen Tagesordnungspunkt vor, die Abstimmung über die Wahlvorschläge in einem durchzuführen.

Gegen den Vorschlag von Vzbgm. Wimmer wird kein Einwand erhoben.

Die Abstimmung bringt folgendes Ergebnis:

Die Wahlvorschläge (Anlagen 21 bis 23 und 19) werden durch Erheben der Hand in einem gemeinsamen Wahlvorgang – mit entsprechender fraktioneller Zuordnung –

einstimmig angenommen.

13.)

Personalbeirat; Bestellung  
DI-PersR-5076-2009

Der Bürgermeister stellt fest, dass auch zu diesem Tagesordnungspunkt ein Amtsbericht aufgelegt wurde. Es sind hier alle Gemeinderatsmitglieder stimmberechtigt.

Der Antrag lautet:

Mit sofortiger Wirkung werden folgende Personen zu Mitgliedern (Ersatzmitgliedern) des Personalbeirates bestellt:

Dienstgeberversprecher:

Vorsitz: Bgm. Dr. Peter Koits (SPÖ)

Mitglieder: Vzbgm. Hermann Wimmer (SPÖ)  
Vzbgm. Dr. Bernhard Wieser (FPÖ)  
GR. Margarete Josseck-Herdt (FPÖ)  
GR. Dr. Peter Csar (ÖVP)

Ersatzmitglieder: GR. Claudia Hüttmayr-Punkenhofer (SPÖ)  
GR. Johann Reindl-Schwaighofer (SPÖ)  
GR. Christa Raggl-Mühlberger (FPÖ)  
GR. Dipl.-Ing. Gunther Haydinger (FPÖ)  
GR. Walter Zaunmüller (ÖVP)

Dienstnehmervertreter:

Mitglieder: PV-Vorsitzender Mag. Bernd Mayrhofer (FSG)  
PV-Vorsitzender-Stv. GR. Ernst Kirchmayr (FSG)  
PV-Mitglied Johann Salzinger (KIV)

Ersatzmitglieder: PV-Mitglied Silvia Huemer-Doppler (FSG)  
PV-Mitglied Silvia Michalik (FSG)  
PV-Mitglied Clemens Schiehauer (KIV)

Weitere Mitglieder: PV-Vorsitzender-Stv. Rudolf Scharinger (FSG)  
PV-Vorsitzender-Stv. Anna-Martha Wiery (FSG)

Weitere Ersatzmitglieder: PV-Mitglied Rudolf Stöger Müller (FSG)  
PV-Mitglied Rosmarie Nagl (FSG)

wenn der Personalbeirat Aufgaben gemäß § 35 Abs. 2 Oö. Gemeinde-Personalvertretungsgesetz wahrzunehmen hat.

Die Zugehörigkeit zum Personalbeirat endet mit Ablauf der Funktionsperiode des Gemeinderates.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer: Bevor wir jetzt zum Tagesordnungspunkt 14. kommen, darf ich im Einvernehmen mit dem Bürgermeister und ihre Zustimmung voraussetzend einem ausgeschiedenen Mitglied des Stadtsenates die Möglichkeit geben, sich hier im Gemeinderat mit einer Wortmeldung zu verabschieden. Es haben das auch andere Mitglieder des Stadtsenates und Gemeinderates von anderen Fraktionen in der letzten Sitzung des Gemeinderates so gemacht und wenn sie damit einverstanden sind, wird das heute auch Herr Stadtrat außer Dienst Dr. Ganzert so durchführen.

Abschiedsworte von Stadtrat a.D. Dr. Friedrich Ganzert:

Dr. Ganzert: Ich hatte die Ehre, 19 Jahre hindurch im Gemeinderat für die Stadt Wels, auch für die SPÖ-Fraktion tätig zu sein. Im Stadtsenat war ich 16 Jahre lang tätig. Ich hatte die große Aufgabe, 6 Jahre das Finanzreferat, 6 Jahre das Kultur- und Bildungsressort, 6 Jahre das Planungsressort und 4 Jahre das Personalreferat führen zu dürfen. Ich konnte somit bestimmt einen großen Querschnitt an Arbeit für die Stadt Wels leisten.

Wahlen können natürlich immer wieder große Veränderungen herbeiführen. Andererseits, wenn ich hier neben dem Pult auf die Dame und die Herren zu meiner Linken sehe, muss ich sagen, dass alle auch schon vor 19 Jahren hier im Gemeinderat saßen, zwar in anderen Funktionen, aber als Person waren sie schon alle da. Bei allem Wechsel gibt es demnach ebenso die Kontinuität.

Ich möchte mich ganz besonders bei jenen Personen bedanken, unter denen ich arbeiten durfte. Es hat mich einer dazu ermuntert, nicht immer nur auf ein Gemeinderatsmandat zu verzichten, nämlich Bürgermeister a.D. Karl Bregartner, dem ich herzlich danken darf. Weiters habe ich unter Bürgermeister Dr. Peter Koits gearbeitet und wenn ich an meine Fraktionsvorsitzenden denke, so war Dr. Koits lange Fraktionsvorsitzender der SPÖ und Hermann Wimmer ist es jetzt auch schon wieder zehn Jahre hindurch.

Ich glaube, wir hatten immer ein ganz klares Ziel. Es ging darum, nicht nur Verantwortung zu tragen, sondern auch demütig zu sein, nämlich gegenüber jenen, die uns hierher wählen. Wir sind zwar hier die gesamte politische Repräsentanz unserer Stadt, aber auch die ist nur ein Teil der Gesamtheit. Daher ist es immer wichtig, mit den Parteien, den Wählern, den Gruppen, auch mit den lokalen NGO's, die es heute gibt, Kontakt zu halten, um von ihnen ein Feedback zu bekommen oder entsprechende Lösungen erarbeiten zu können. Das bedeutet nicht eine Entfernung vom Gemeinderat, denn es gibt nur ein Wels, eine Stadt, in der es darum geht, niemanden auszugrenzen oder auszulassen, sondern vielmehr für alle die Grundlage dafür zu schaffen, dass es hier ein gedeihliches wirtschaftliches und soziales Zusammenleben gibt. Ich glaube, das ist eine schwierige Aufgabe bzw. Aufgabe genug und es muss sich dieser eigentlich jeder Gemeinderat stellen, aus welcher Richtung er immer kommt, denn letztlich wird das Gesamtergebnis beurteilt.

Ich bringe jetzt ein Originalzitat. Unser Bürgermeister sagt immer: „Wels ist die größte Stadt Österreichs“ – dann folgt immer eine kleine dramaturgische Pause – „die nicht Landeshauptstadt ist.“ Ich füge hinzu, dass Wels sogar größer wie manche der Landeshauptstädte ist. Und ich glaube, es geht einfach darum, den Stolz auf unsere Stadt zu

pflegen und ein neues Selbstbewusstsein zu entwickeln. Das sollten wir alle auf unserem Weg mitnehmen.

Ich selbst tue mir bei der Verabschiedung relativ leicht, denn – ich darf das ein bisschen scherzhaft sagen – aus einem Stadtrat im Dienst wird künftig ein Vizebürgermeister außer Dienst, da ich ja auch die Ehre hatte, während einer Funktionsperiode als 1. Vizebürgermeister in diesem Gremium zu dienen.

Ich möchte mich noch für die gute Zusammenarbeit mit den Beamten bedanken. Ich darf hier stellvertretend den Herrn Magistratsdirektor, den Herrn Baudirektor und den Herrn Finanzdirektor nennen. Weiters nenne ich jene Personen, denen ich in den letzten Jahren besonders verbunden war. Es handelt sich dabei um Frau Dr. Miglbauer, Herrn Homar und Frau Mag. Rebernick. Wir erledigten meines Erachtens eine solide Arbeit und ich möchte mich dafür bei allen, die mich unterstützten, ganz herzlich bedanken. Wels ist zwar eine ziemlich große Stadt, aber andererseits doch klein genug, dass wir uns alle dort und da immer wieder begegnen werden.

Ich wünsche ihnen allen, der Stadt Wels und natürlich insbesondere meiner Partei bzw. meiner Fraktion eine große Zukunft und viel erfolgreiche Arbeit.

Ich sage herzlichen Dank für die Möglichkeit, heute nochmals vor ihnen sprechen zu dürfen. Weiters danke ich für die Möglichkeit, dass ich hier 19 Jahre lang arbeiten durfte. Danke!  
(Starker Applaus!)

Vzbgm. Wimmer: Vielen herzlichen Dank Herr Vizebürgermeister außer Dienst Dr. Ganzert. Wir wünschen dir von dieser Stelle aus alles Gute, vor allen Dingen Gesundheit. Bleibe der Stadt Wels weiterhin gewogen! Herzlichen Dank!

Wir kommen jetzt zum letzten Punkt unserer Tagesordnung und ich ersuche den Herrn Bürgermeister um sein Ausführungen.

14.)

#### Erklärung des Bürgermeisters

Bgm. Dr. Koits: Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Lieber Fritz Ganzert! Ich darf dir von meiner Seite her noch ein herzliches Dankeschön für deine Arbeit sagen. Ich werde an jene, die künftig nicht mehr bei uns tätig sind, an anderer Stelle noch ein paar Worte richten.

Mit dieser konstituierenden Gemeinderatssitzung, sehr geehrte Damen und Herren, haben wir jetzt die Grundlage für unsere Arbeit geschaffen und können an's Werk gehen. Viele Aufgaben und große Herausforderungen warten auf uns. Bevor ich zu einigen grundsätzlichen Aussagen komme, möchte ich aber noch die Gelegenheit nutzen, mich zu bedanken. Zu allererst tue ich das gegenüber den Wählerinnen und Wählern, die bei den beiden Wahlgängen ihr demokratisches Recht in Anspruch genommen haben und ihre Stimme abgaben.

Ich glaube, dass es in den Jahren, die vor uns liegen, vieler Anstrengungen bedarf, um sich des Vertrauens würdig zu erweisen. Unser Handeln muss darauf ausgerichtet sein, Wels als eine Stadt zu erhalten, in der vor allem der Mensch zählt, der im Mittelpunkt unseres Handelns steht und hier gern lebt bzw. der sich in dieser Stadt wohl fühlt. Anders gesagt: Menschlichkeit muss unser politisches Tun dominieren.

Mein Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Magistrates. Ich bedanke mich für die engagierte Arbeit in den vergangenen Jahren als auch für die Bereitschaft, weiterhin mit voller Dienstleistungs- und Serviceorientierung für die Stadt Wels und ihre Bürgerinnen und Bürger da zu sein. Diesen Weg werden wir auch weiterhin beschreiten und im Sinne einer stetigen Verwaltungsreform immer auf der Suche sein, wie die Arbeit des Magistrates noch bürgernäher und effizienter erfolgen kann. Herr Magistratsdirektor, geben sie bitte diesen, meinen oder unseren Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter.

Danken darf ich auch all jenen Mandatarinnen und Mandataren, die künftig dem Gemeinderat nicht mehr angehören. Sie, sehr geehrte Damen und Herren, haben ihren Beitrag dazu geleistet, dass die Demokratie in der Stadt Wels funktionierte, dass die zuständigen Gremien ihre Funktionen erfüllten und dass in dieser Stadt in den vergangenen sechs Jahren viel umgesetzt werden konnte. Namens des Gemeinderates und des Stadtsenates wünsche ich ihnen und ihren Familien für die Zukunft alles Gute.

Sinngemäß gilt das Gesagte auch für jene Kollegen, die in Zukunft nicht mehr dem Stadtsenat angehören. Es gab ein gutes Zusammenarbeiten in den vergangenen sechs Jahren und ich denke, wir haben auch im Stadtsenat sehr viele Beschlüsse gefasst und in positiver Weise umgesetzt.

Herzlich willkommen heiße ich nochmals alle jene Mandatarinnen und Mandatare, die gerade zum ersten Mals als Mitglieder des Gemeinderates angelobt wurden. Sie haben eine große Verantwortung für unsere Stadt übernommen und ich bin überzeugt, dass sie diese in dem Sinn wahrnehmen werden, dass sie stets danach trachten, möglichst wertfrei und unabhängig nach den bestmöglichen Lösungen für alle Welserinnen und Welser zu suchen. Und das in einem Miteinander, nicht in einem Gegeneinander.

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren! Was ich bezüglich der Gemeinsamkeit gesagt habe, sollte aber nicht nur für die neuen Mandatare gelten, sondern insgesamt für den gesamten Gemeinderat. Das Motto, „Nur gemeinsam sind wir stark“, mag zwar schon oft zitiert worden sein, es ist aber aktueller denn je. Legen wir deshalb die vergangene Wahlbewegung ad acta. Lassen sie uns zusammenarbeiten im Interesse der Bevölkerung und unserer Stadt, die uns allen sehr nahe steht. Haben wir das Gemeinsame im Auge, nehmen wir aus den Programmen aller Parteien das Beste und fügen es zu einem gemeinsamen Ganzen zusammen.

Als gewählte Organe der Stadt sind wir der Bevölkerung verpflichtet, jeder und jede Einzelne von uns. Halten wir uns vor Augen, dass die Bevölkerung nicht Streit, sondern Arbeit will, Arbeit, die transparent, unkompliziert und möglichst nah bei den Bürgerinnen und Bürgern ist, Arbeit, in die sich die Bürgerinnen und Bürger eingebunden fühlen.

Wie wir aus Umfragen wissen, haben viele Menschen Angst vor den Auswirkungen der sogenannten Globalisierung. Gerade deshalb müssen wir uns in den Städten und Gemeinden bemühen, den Menschen diese Angst möglichst zu nehmen. Darum sind

wir auch in Wels aufgerufen, unsere Stadt als soziale, menschliche und sichere Stadt zu erhalten bzw. weiter auszubauen.

Geschätzte Damen und Herren! Ich stehe für ein Miteinander. Ich will, dass die Menschen in unserer Stadt friedlich zusammenleben können. Deshalb sehe ich meine vorrangigste Aufgabe darin, für ein gutes politisches Klima zu sorgen, in dem der soziale Zusammenhalt gute Bedingungen vorfindet.

Vieles ist anzusprechen, vieles, vor dem wir die Augen nicht verschließen dürfen. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise trifft auch unsere Stadt, und zwar dramatisch in den nächsten zwei bis drei Jahren. Die Arbeitslosigkeit hat zugenommen, insbesondere bei den jungen Menschen. In finanzieller Hinsicht sind die Wohlfühljahre – stärker ausgedrückt: die fetten Jahre – vorbei. Stark sinkenden Steuereinnahmen stehen erhöhte Transferleistungen und rapid steigende Sozialausgaben gegenüber.

Wir befinden uns daher trotz guter Finanzpolitik in den vergangenen Jahren, in der die Stadt Wels quasi schuldenfrei wurde, in einer äußerst unangenehmen Situation. Daraus gibt es im Grunde nur einen Schluss zu ziehen, nämlich ganz genau zu schauen, was wir uns leisten können und was nicht. Sämtliche Projekte der Stadt, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind daher einer ganz klaren Prioritätenreihung zu unterziehen. Und wenn das geschehen ist, müssen wir uns festlegen: Wo ist die Grenze, was können und wollen wir uns leisten, ohne damit – ich betone das sehr stark – nachfolgende Generationen über Gebühr zu belasten.

Unter dem Gesichtspunkt der weniger werdenden finanziellen Mittel sind natürlich die weiteren großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen zu sehen, die der Stadt Wels in den kommenden Jahren bevorstehen. Noch mehr als bisher müssen wir danach trachten, strategische Allianzen zu bilden und Kooperationen einzugehen. Unsere ganze Kraft werden wir für die Absicherung unseres Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandortes Wels einsetzen müssen. Wie ich bereits ausführte, hat die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen zugenommen. Und daher ersuche ich von dieser Stelle aus die gesamte Wirtschaft in unserer Stadt, jungen Menschen eine Chance zu geben. Arbeitslosigkeit bietet keine Perspektiven. Die Stadt Wels hat in diesem Punkt mit der Ausbildungsoffensive für junge Pflichtschulabgängerinnen und –abgänger gemeinsam mit der Welser Wirtschaft, den Sozialpartnern und dem Arbeitsmarktservice schon einiges erreicht. Unser Ziel muss aber jenes bleiben, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass alle Welser Schulabgängerinnen und –abgänger auch in Zukunft eine Ausbildungschance haben.

Was wir auf jeden Fall weiterhin verfolgen müssen, ist die Stärkung unseres Standortmarketings. Im Standortmarketing haben wir in den vergangenen sechs Jahren durchaus einiges bewegt. In Bezug auf weitere Betriebsansiedlungen haben wir eine Reihe von Bauprojekten in Aussicht, die sehr vielversprechend sind. Zügig vorantreiben müssen wir beispielsweise auf jeden Fall das Projekt der Nutzung eines Teils des Flughafenareals. Auch das Energiethema ist weiter zu forcieren. Ich denke aber auch an Bildungseinrichtungen wie beispielsweise den Ausbau der Fachhochschule im Forschungs- und Entwicklungsbereich. Wir benötigen Arbeitskräfte, die gut ausgebildet sind, das Fundament dafür wird aber bereits im Pflichtschulalter geschaffen. Hier verfügt die Stadt Wels bereits über sehr gute Einrichtungen, auf die wir in den kommenden Jahren aufbauen können. Der flächendeckende Ausbau der „Neuen Mittelschule“ wird hier sicherlich einen zentralen Bereich bilden.

Und wenn wir im Lebensalter der Welserinnen und Welser noch weiter zurückgehen, nämlich bis ins Kindesalter, so liegt auch hier viel Arbeit vor uns. So erfreulich die Einführung des Gratiskindergartens mit September dieses Jahres auch war – schließlich ist damit eine jahrzehntelange Forderung von mehreren Parteien in Erfüllung gegangen – für die Stadt Wels hat sie eine große Herausforderung bedeutet, und zwar in finanzieller und personeller Hinsicht. Ich meine, dass wir angesichts der wenigen Zeit, die wir bis zur Einführung hatten, eine gute Lösung gefunden haben. Freilich war und ist diese mit gewissen Provisorien verbunden, Stichwort „Container“. Mit dem gerade laufenden Neubau des Kindergartens in der Robert-Koch-Straße und einem weiteren Neubau im Norden der Stadt werden wir die Situation in den kommenden Jahren aber weiter verbessern.

Aber auch unsere älteren Mitmenschen werden nicht vergessen. Die Prognosen, nach denen die Gesamtbevölkerung in den kommenden Jahrzehnten immer älter wird, sind nach wie vor hochaktuell. Sie stellen damit zusammenhängend die gesellschaftspolitische Herausforderung schlechthin dar, welcher sich auch die Stadt Wels zu stellen hat.

Unabhängig vom Lebensalter, also in Bezug auf alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, wird es Aufgabe sein, die Lebensqualität weiter zu verbessern. Im Bereich der Innenstadt haben wir mit der Agenda 21, so hoffe ich, einen guten Weg gefunden. Dieses Projekt, das über das Regionalforum Wels-Eferding abgewickelt wird, ist ein gutes Beispiel dafür, wie man nicht nur einem Stadtteil einen Entwicklungsschub verpasst, sondern dabei auch die Bürgerinnen und Bürger in die Entwicklung ihrer Stadt bzw. ihres Stadtteils einbindet. Ich bin überzeugt, dass sich hier in den kommenden Jahren viel tun wird.

Ein Thema, das uns nicht nur in der Innenstadt bereits in den vergangenen Jahren beschäftigt hat, ist die Sicherheit. Zweifellos hat das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung gelitten. Die Polizei wird mit immer mehr administrativen Arbeiten eingedeckt und ist deshalb nicht in der Lage, allen Anforderungen nachzukommen, obwohl sie sich sehr bemüht. Es ist zumindest ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, wenn der Soll-Stand an Polizistinnen und Polizisten bei der Welser Polizei bis 1. Dezember wieder erreicht wird. Dennoch, meine ich, sollten wir nicht lockerlassen, bei der Innenministerin die Forderung zu erheben, dass der Personalstand der Polizei in unserer Stadt deutlich ausgebaut wird. Unsere Ordnungswache, die sich gut eingeführt hat, ist nämlich kein Ersatz für die Polizei und ist nur zuständig für die Aufrechterhaltung oder Einhaltung von Ordnung, Ruhe und Sauberkeit. Und ich bin dafür offen, zu schauen, dass wir unserer Ordnungswache mehr Kompetenzen einräumen können, als das bislang der Fall war.

Für den Rest meiner Ausführungen habe ich mir ein ganz wichtiges Thema aufgespart. Das gesellschaftspolitische Hauptthema in unserer Stadt ist zweifellos die Migration in all ihrer Vielschichtigkeit. Ich hatte dazu immer eine klare Position. Ich bin mir durchaus bewusst, dass es Probleme gibt, etwa im Wohnbereich, im Schulbereich, im öffentlichen Bereich, im Bereich der Sprache. Deshalb sind für mich bestimmte Punkte maßgebend für eine Vorgangsweise. Ich verlange beispielsweise ein Mitspracherecht bei der Zuwanderung, klare Gesetze und Richtlinien. Es ist für rasche Asylverfahren zu sorgen; acht Jahre oder mehr sind einfach nicht tragbar, sind einfach zu viel. Bei kriminellen Handlungen haben die zuständigen Gerichte die entsprechenden Konsequenzen schnell zu setzen. Wir als Stadt müssen weiterhin – dafür stehe ich – eine aktive Inte-



grationspolitik betreiben. Beispielsweise – da bin ich mir mit der Kollegin Eisenrauch eins und ich denke, auch mit allen anderen – bin ich der Auffassung, was ein gemeinsames Ziel sein könnte, dass alle Kinder bis zum Schuleintritt die deutsche Sprache beherrschen sollten.

Und alle, die hier leben, haben die gleichen Rechte, aber – ich betone das ausdrücklich – das ist nicht als Einbahn zu sehen, das heißt, es gibt auch gleiche Pflichten und die gesellschaftlichen Herausforderungen oder Gegebenheiten wie Hausordnungen sind zu beachten.

Funktionieren wird das Ganze aber nur dann, wenn alle vorurteilsfrei und offen auf den jeweils anderen zugehen und wenn sich alle an die Spielregeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens halten. Es gäbe hiezu noch viel mehr zu sagen.

Jedenfalls gehen wir für all diese Aufgaben davon aus, dass sich der Bund und das Land entsprechend beteiligen und im Rahmen des nächsten Finanzausgleiches dafür sorgen, dass die Städte und damit auch wir in Wels die nötigen finanziellen Mittel erhalten. Sie sehen also, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass auf uns sehr viel Arbeit wartet, Arbeit, die wir gemeinsam über die Parteigrenzen hinweg sicherlich besser und effizienter erledigen können.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich sie alle an den Fall der Berliner Mauer erinnern. Dieser hat sich am gestrigen Tag zum 20. Mal geöhrt und war damals ein wunderbares Zeichen der Demokratisierung und der Offenheit. Und auch nach 20 Jahren sollte dieses Symbol überall und für alle Zukunft Geltung haben.

Aus diesem Anlass möchte ich zum Abschluss den französisch-rumänischen Autor Eugène Ionesco zitieren, der einmal so treffend bemerkt hat: „Wenn wir aus unserem Gemeinschaftsleben auch kein Paradies machen können, so sollten wir es doch zu einer angenehmen und weniger dornigen Wegstrecke machen.“

Ich danke ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

Vzbgm. Wimmer: Vielen Dank, Herr Bürgermeister! Wir sind damit am Ende der Tagesordnung angelangt.

StR. Dr. Rabl: Ich hätte eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt!

Vzbgm. Wimmer: Ich höre nicht schlecht, lieber Andreas. Ich habe auch kein Problem mit einer Debatte zu einer Grundsatzklärung des Bürgermeisters, stelle aber nur fest, dass das bisher nicht üblich war.

StR. Dr. Rabl: Das mag sein! Es ändern sich halt die Dinge! Man wird doch noch laut Geschäftsordnung zu einem Tagesordnungspunkt eine Wortmeldung abgeben können!?

Vzbgm. Wimmer: Na, selbstverständlich! Wenn es der neue Stil der Freiheitlichen ist, sogar eine konstituierende Sitzung noch für den Wahlkampf zu missbrauchen, dann nehme ich das zur Kenntnis und erteile dir das Wort.

StR. Dr. Rabl: Du weißt ja noch nicht einmal, was ich sagen will!

Vzbgm. Wimmer: Ich erteile dir das Wort!

StR. Dr. Rabl: Ich finde es schon sehr interessant, dass der Herr Vizebürgermeister Wimmer schon vorher weiß, was ich sagen will. Es ist nämlich überhaupt nicht so, dass ich meine Wortmeldung noch für den Wahlkampf missbrauche. Es geht vielmehr darum, dass auch die Freiheitliche Fraktion die Möglichkeit haben soll, eine Erklärung abzugeben. Und ich glaube, dass es wichtig ist, auch aus unserer Sicht die Dinge darzustellen, um den Bürgern, von denen ja heute einige bei uns anwesend sind, einen Eindruck davon vermitteln zu können, wie unser politischer Inhalt aussieht und wie wir uns die politische Zukunft der Stadt Wels vorstellen. Und da ist es auch notwendig, die Worte des Herrn Bürgermeister zu kommentieren.

Herr Bürgermeister! Ihre heutige Erklärung – das muss man leider sagen – habe ich wohl vernommen, genauso wie all ihre schönen Worte über Zusammenarbeit und Fairness, allein, wie ein Sprichwort sagt, mir fehlt der Glaube. Dies unter anderem deshalb, weil die vergangene Funktionsperiode des Gemeinderates zeigte, dass von 105 freiheitlichen Anträgen nur drei von der SPÖ akzeptiert und auch mit deren Zustimmung angenommen wurden. Ein Teil dieser abgelehnten Anträge wurde dann aber später von der SPÖ selbst eingebracht.

In der Vergangenheit ist es bei der Bildung von Aufsichtsräten dazu gekommen, dass diese so weit verkleinert wurden, dass wir als FPÖ ja nicht mehr hineinkommen bzw. dass wir dort kein Stimmrecht mehr haben. Und – das muss man leider ebenfalls sagen – über die Inangriffnahme von Großprojekten haben wir leider nur aus der Zeitung erfahren. Ich würde mir für die Freiheitliche Fraktion wünschen, dass wir zukünftig in allen wichtigen Belangen und bei allen Großprojekten, die die Stadt Wels betreffen, vorinformiert werden, also vor einer Information der Zeitungen. Es ist nämlich so, dass wir uns ebenso in diverse Projekte einbringen möchten bzw. könnte es ja sein, dass wir Vorschläge haben, die das eine oder andere Projekt im Endeffekt besser, billiger und für die Bevölkerung annehmlicher machen.

Wenn ich jetzt die letzten sechs Jahre beleuchte, möchte ich nun gleich noch einen Schritt weiter gehen, und zwar nach der Wahl Niederlage der SPÖ. Ich frage also, was damit zusammenhängend passiert ist bzw. was sich änderte, nachdem keine absolute Mehrheit der SPÖ mehr gegeben ist. Ich muss sagen: Nein, ein Umdenkprozess hat leider überhaupt nicht stattgefunden! Wir werden auch jetzt ausgegrenzt! Der Vizebürgermeister Wimmer sagte, wir würden jetzt auch noch Wahlkampf betreiben, aber so ist es nicht. Wir wehren uns lediglich gegen eine systematische Ausgrenzung der Freiheitlichen von allen Gesprächen, die es bisher nach den Wahlen gegeben hat. Wir waren in keinsten Weise bei der Referatsverteilung eingebunden. Wir wurden in keinsten Weise eingebunden. Wir konnten in dieser Frage nicht einmal mitreden. Gut, wir nehmen dies aber zur Kenntnis, denn das ist eben Demokratie. Es ist aber auch nicht mehr so wie früher, wie man aus den Medien hört, nämlich dass die Mandate in den Aufsichtsräten nach dem D`Hontschen Verfahren besetzt werden. Nein, diese Mandate werden der Einfachheit halber zwischen SPÖ und ÖVP aufgeteilt! Wir fliegen einfach überall raus, sofern wir überhaupt drinnen waren. Ist das fair? Ist das eine richtige Form der Zusammenarbeit? Geht es immer nur darum, die Macht zu erhalten oder geht es doch auch um die Zusammenarbeit? Diese Frage, Herr Bürgermeister, müssen wir als Freiheitliche uns tatsächlich stellen. Und wir haben in diesem Zusammenhang auch schon an sie und an die Frau Eisenrauch geschrieben, um zu erfahren, wie denn das weitergeht. Bisher haben wir noch keine Antwort bekommen, aber ich hoffe, das wird

noch geschehen. Wir sagen aber an dieser Stelle ganz klar Folgendes. Will man die Zusammenarbeit von unserer Seite wirklich haben, so kann das nicht heißen, dass das eine Zusammenarbeit im Sinne von Machterhaltung für die SPÖ sein kann, sondern vielmehr muss es sich dabei um eine Zusammenarbeit zum Wohle der Stadt Wels handeln. Ich meine, das stellt schon einen wesentlichen Unterschied dar. Sie können doch von uns nicht erwarten, dass wir zu jedem neuen Projekt einfach ruhig sind und nicht mitplaudern wollen, um dann auf der anderen Seite überall gleich ein Ja von unserer Seite zu erwarten. Sagen wir aber nicht gleich überall ja, wird behauptet, wir würden den Wahlkampf weiterführen. Nein, so ist es aber nicht! Wir wollen auch nicht weiter wahlkämpfen – das ist vorbei – sondern wir wollen lediglich mitarbeiten zum Wohle der Stadt Wels. Diese Vorstellung haben sie ja selbst mehrfach betont bzw. gesagt.

Ich ersuche sie deshalb, Herr Bürgermeister – im ersten Versuch, bei der Referatsverteilung, haben sie diese Möglichkeit leider nicht wahrgenommen – zumindest bei der zweiten Gelegenheit wirklich Fairness walten zu lassen und zu sagen: Ja, wir haben einen ehrlichen Willen zur Zusammenarbeit! Haben sie tatsächlich diesen Willen, so setzt dies voraus, dass man Fairness im Umgang miteinander an den Tag legt. Das ist wesentlich!

Ich sehe einen großen Gleichklang bei den Themen, die für die Stadt wesentlich oder wichtig sind und ich freue mich schon auf die Diskussionen in diesem Zusammenhang.

Insgesamt sehen wir bereits, dass sich etwas bewegt. Die Demokratie ist lebendiger geworden und man sieht, dass es neue Gesprächspartner gibt und neue Positionen. Die Positionen werden von der SPÖ selbst überdacht, was ich ebenso für wichtig halte. Demokratie funktioniert nun einmal in der Weise, dass man miteinander diskutiert, um so die bestmöglichen Lösungen für alle zu finden. Wir haben ja genug Themen, die für die Stadt sehr wichtig sind. Ich nenne jetzt das Thema „Integration“. Ohne das Ganze jetzt näher auszuführen, muss ich schon sagen, dass wir die Integration als Pflicht sehen und wir wollen sie auch als Pflicht formulieren. Wir sehen an dieser Stelle weiters die Einführung des Sonntagsbusses, eine langjährige Forderung der FPÖ. In jeder anderen größeren Stadt gibt es diesen Sonntagsbus, nur in Wels nicht, obwohl – hier zitiere ich ebenfalls – Wels die größte Stadt Österreichs ist, die nicht Landeshauptstadt ist. Abgesehen davon gibt es in kleineren Städten ebenfalls einen Sonntagsbus. Sogar Steyr kann sich einen derartigen Sonntagsbus leisten. Das ist doch eine verkehrspolitische Maßnahme, die einmal weit über Parteigrenzen hinweg umgesetzt werden sollte. Es freut mich, in der Zeitung zu lesen, dass die GRÜNEN bereits eine Ankündigung machten und die Frage aufwarfen, warum eigentlich über diese Frage nicht mit den Freiheitlichen diskutiert wird. Ich frage, warum man das nicht gemeinsam umsetzen kann, noch dazu als es sich dabei nicht um eine ideologische Forderung handelt. Vielmehr geht es darum, für die Bevölkerung auf bestmögliche Art Maßnahmen umzusetzen.

Mir braucht in Zusammenhang mit solchen Maßnahmen auch niemand mehr mit der Frage des Geldes zu kommen. Wenn wir heute Geld für die Umsetzung eines Stadion-Projektes haben, für die Umsetzung eines Science-Centers und wenn wir 100.000 Euro für die Durchführung einer Veranstaltung haben, bei welcher es um den Energy Globe Award geht, dann müssten wir eigentlich genauso Geld für die Umsetzung anderer Maßnahmen haben wie für die Einführung des Sonntagsbusses.

Ich weiß schon, dass jetzt wieder das Argument kommt, wir sollen nicht gegenseitig diverse Maßnahmen oder Geldausgaben aufrechnen. Aber hier geht es nicht um eine Aufrechnung, sondern um Prioritäten. Was ist also für die Stadt wichtig? Und darüber sollte ein Diskurs stattfinden, nämlich zwischen den Fraktionsvorsitzenden bzw. zwischen den Parteien. Und in diesem Zusammenhang sollte es nicht einfach so sein, dass man uns im Nachhinein ein Papier, eine Prioritätenliste präsentiert, die schon zwischen SPÖ und ÖVP ausgemacht ist, womit es sich auch schon hat. Bitte, wir wollen an diesem Prozess teilhaben. Immerhin haben uns ja fast 30 Prozent der Welser Bürger dafür gewählt, dass wir teilhaben.

Ich glaube also, dass es sehr wichtig ist, die Zusammenarbeit, von der die Rede ist, zu definieren. Für uns geht es im Rahmen der Zusammenarbeit natürlich nicht bloß um den Machterhalt der SPÖ und Zusammenarbeit heißt für uns auch nicht, dass wir als FPÖ jene Brösel nehmen müssen, die andere übrig lassen, wenn es darum geht, tatsächlich zu gestalten und eine Kontrolle auszuüben. Bedeutet hingegen Zusammenarbeit – das sage ich ausdrücklich – die besten Lösungen für die Welser Bevölkerung zu erarbeiten, dann sind wir dafür. Und wenn Zusammenarbeit heißt, dass man gewillt ist, den Umgang miteinander fair zu gestalten, dann, Herr Bürgermeister, können sie versichert sein, dass sie in uns einen sicheren, verlässlichen und fairen Partner haben.

Vzbgm. Wimmer: Ich ziehe mit Bedauern meine Eingangsbemerkung zurück. Ich vermutete, dass du eine nachträgliche Wahlrede halten würdest, was jedoch absolut nicht der Fall war. Ich nehme weiters zur Kenntnis, dass es im Interesse der Welser Bevölkerung liegt und es eine faire Vorgangsweise dann darstellt, wenn die FPÖ-Fraktion mit ausreichenden Jobs oder Mandaten in Aufsichtsräten versorgt wird.

GR. Mag. Teubl: Ich bin neu in diesem Gremium und wurde heute zum ersten Mal angelobt als Gemeinderat der Stadt Wels. Und wenn man so wie ich zum ersten Mal mit solchen Ereignissen konfrontiert ist, macht man sich natürlich seine Vorstellungen über die ganzen Abläufe. Ich habe mir beispielsweise gedacht, dass der Bürgermeister nach seiner Wahl zunächst mit allen Parteien Sondierungsgespräche führt, dass dann die Fraktionen intern beraten und dass schließlich in einer großen Runde alle Parteien darüber diskutieren, wie die Ressortverteilung und die Bestellung der Ausschüsse aussehen sollen. Dies alles natürlich unter Ausnutzung der Mehrheitsverhältnisse, aber doch in einem Bemühen um einen weitgehenden Konsens. Doch ich musste mich eines Besseren belehren lassen. Der Wahlverlierer SPÖ hat sich ohne jedes inhaltliche Programm mit der darnieder liegenden ÖVP zusammengetan und die Entscheidungen im stillen Kämmerlein getroffen. Ganz nebenbei hat man auch noch Versorgungsposten für ehemalige Stadtsenatsmitglieder oder Fraktionsvorsitzende geschaffen.

Die FPÖ wurde genauso vor vollendete Tatsachen gestellt wie wir GRÜNEN. Ich muss gestehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass ich mir die Dinge nicht so vorgestellt habe. Jetzt weiß ich es besser und habe meine erste Lektion in Sachen Stadtpolitik gelernt.

Auf der anderen Seite verstehe ich nach wie vor nicht, meine Damen und Herren von der SPÖ, warum sie diese Vorgangsweise gewählt haben. Das ist nämlich genau der Stil, mit dem sie über Jahre hinweg die Stadt Wels regiert haben und das ist genau der Stil, der ihre Wahlniederlage mitverursacht hat, nämlich eine Machtpolitik garniert mit Überheblichkeit und Postenschacher. Sie haben offensichtlich aus der bitteren Wahlniederlage vom 27. September nicht gelernt. Das hätte ich aber nicht für möglich gehalten.

ten und das finde ich schade. Damit ist der weitere Niedergang der SPÖ vorprogrammiert. Ich hoffe, dass dieser Stil nicht für die weiteren sechs Jahre programmatisch sein wird, sondern dass es wirklich zu einem Umdenken kommt, dass ein Miteinander Platz greift und Entscheidungen von allen Fraktionen gemeinsam getroffen werden bzw. dass schon im Vorfeld von Entscheidungen miteinander gesprochen wird. Darum bitte ich sie!

Vzbgm. Wimmer: Vielen herzlichen Dank für das Mitgefühl für die Sozialdemokraten und auch für die ÖVP. In Anbetracht des berauschenden Wahlsiegs der GRÜNEN meine ich, dass es sich hier doch um eine sehr verwegene Aussage handelte.

GR. Dr. Csar: Ich bin heute auch das erste Mal bei einer Gemeinderatssitzung. Es ist das ein wichtiger Tag für uns alle. Und wenn jetzt schon die anderen eine Fraktionserklärung abgaben, möchte ich doch auch für unsere Fraktion ein kurzes Statement abgeben.

Das Wahlergebnis liegt auf dem Tisch. Der Wähler hat seine Stimme abgegeben und mit diesem Stimmverhalten müssen wir jetzt umgehen. Wir brauchen darüber nicht beleidigt zu sein bzw. liegt es nicht an uns, irgendwelche Befindlichkeiten an den Tag zu legen. Das Wahlergebnis stellt nun einmal ein Faktum dar, das für uns in den nächsten sechs Jahren bindend ist.

Seitens der ÖVP stehen wir auf dem Standpunkt, dass wir eine konstruktive Politik machen wollen, eine Politik für die Stadt Wels und deren Bevölkerung. Und dementsprechend möchten wir uns einbringen. Wir werden dies tatsächlich machen und haben das schon mit unserem heutigen Geschäftsordnungsantrag in Hinblick auf die eingebrachten Abänderungsanträge unter Beweis gestellt, das heißt, wir wollen uns damit noch intensiv im Präsidialausschuss befassen. Ich danke vorerst einmal dafür, dass dieser Beschluss auf Zuweisung an den Präsidialausschuss einstimmig gefasst wurde. In meinen Augen ist das ein guter Weg, ein guter Beginn und ich hoffe, dass wir gemeinsam gut weitermachen.

Vzbgm. Wimmer stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen zu Punkt 14. der Tagesordnung vorliegen und übergibt sodann wieder den Vorsitz an den Bürgermeister.

Bgm. Dr. Koits: Ich habe mir die Fraktionserklärungen angehört und nehme diese zur Kenntnis. Und ich kann nur das wiederholen, was ich zuvor bereits formulierte. Ich und die SPÖ, wir sind zur Zusammenarbeit bereit, zur Zusammenarbeit im Interesse dieser Stadt. Wir waren dazu in der Vergangenheit bereit und werden das auch in Zukunft beweisen. Ich hoffe allerdings, dass dazu auch die Bereitschaft der anderen Fraktionen gegeben ist und nicht Polemik der vorherrschende Teil unserer Auseinandersetzungen wird und dass nicht – mit Ausnahme der GRÜNEN sitzen wir ja alle in einer Konzentrationsregierung – ausschließlich eine Oppositionspolitik betrieben wird. Ich hoffe, dass sich dessen jeder, der hier Verantwortung trägt – das sind letztlich wir alle – bewusst ist.

Ich sage danke für die Vorsitzführung und die Fraktionserklärungen. Ich meine, wir können jetzt an die Arbeit gehen im Interesse der Welser Bevölkerung, im Interesse aller Welserinnen und Welser.

Bevor ich diese konstituierende Gemeinderatssitzung schließe, darf ich noch darum ersuchen, dass wir uns gleich anschließend zu einem Gruppenfoto aller Mandatarinnen und Mandatare vor dem Haupteingang zur Stadthalle einfinden, so wie in der Vergangenheit solche Fotos gemacht wurden. In weiterer Folge sind sie auch noch zu einem Mittagessen oben in der Galerie der Stadthalle eingeladen.

Ich wünsche uns allen für die Zukunft eine gute Zusammenarbeit und darf jetzt diese konstituierende Sitzung des Gemeinderates für geschlossen erklären.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: